

DIE FAMILIENFÖRDERUNG DARF NICHT SINKEN

Der Familienbund der Katholiken kritisiert, dass die für 2025 geplante Kindergelderhöhung hinter der Erhöhung der Kinderfreibeträge zurückbleibt. Er weist darauf hin, dass das Kindergeld immer mindestens entsprechend den Kinderfreibeträgen angehoben werden muss, um die Familienförderung konstant zu halten.

Berlin, den 24. Juli 2024 – „Weil die Steuerersparnis durch den Kinderfreibetrag im aktuellen System durch das Kindergeld ausgezahlt wird, führt die Anhebung des Kinderfreibetrages dazu, dass der Steuerfreistellungsanteil des Kindergeldes steigt, während der Familienförderungsanteil des Kindergeldes sinkt“, erläutert Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes. „Für viele Familien sind die Erhöhungen des Kinderfreibetrages daher ein Nullsummenspiel: Die erhöhte Steuerersparnis geht unmittelbar zu Lasten der Familienförderung. Am Ende bleibt für viele Familien nicht mehr übrig als bisher. Nur ein erhöhtes Kindergeld kann das verhindern.“

Im aktuellen Entwurf eines zweiten Jahressteuergesetzes (JStG 2024 II) werden die seit 2023 erfolgten Erhöhungen des Kinderfreibetrages nur teilweise bei der geplanten Kindergelderhöhung auf 255 Euro berücksichtigt. Berücksichtigt man nur die Freibetragssteigerungen, die seit dem Inflationsausgleichsgesetz von 2022 beschlossen wurden, müsste das Kindergeld 2025 zumindest um 3,1 % von 250 Euro auf 258 Euro steigen. Um die Familienförderung seit der letzten Kindergelderhöhung konstant zu halten, müsste das Kindergeld um 7,2 % von 250 Euro auf 268 Euro angehoben werden.

„Wären der Kinderfreibetrag und das Kindergeld zwei getrennte Leistungen, käme niemand auf die Idee, die Familienförderung zu kürzen. Hier geht die intransparente Verflechtung unmittelbar zu Lasten von Familien“, stellt Ulrich Hoffmann fest.

Der Gesetzgeber hat sich Mitte der 90er-Jahre vom dualen System verabschiedet und den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zusammengeführt. Das Kindergeld wird seither in erster Linie als Steuervergütung zur Berücksichtigung des Kinderfreibetrages gezahlt. Der bei Familien mit unteren und mittleren Einkommen verbleibende Restbetrag des Kindergeldes gilt als Familienförderung. Der Familienbund hält eine Entflechtung für richtig:

„Beim Kinderfreibetrag geht es wie beim Grundfreibetrag für Erwachsene um eine gerechte Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Hier geht es nicht um Förderung, sondern um eine systematisch richtige Besteuerung. Diese steht allen Steuerpflichtigen zu. Daneben sollte zusätzlich ein – nicht mit dem Freibetrag verknüpftes – einkommensabhängiges Kindergeld für Familien mit kleineren und mittleren Einkommen ausgezahlt werden.“

HAUSHALTSENTWURF 2025: KLEINE SCHRITTE AUF DEM WEG ZU MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN

Der Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2025 sieht moderate Anpassungen der familienpolitischen Leistungen vor. Ein Ersatz für die angekündigte Vereinfachung und Verbesserung der Familienförderung können diese jedoch nicht sein.

Berlin, den 10. Juli 2024 – „Der Haushalt soll Impulse für ein sicheres, wettbewerbsfähiges und zukunftsfähiges Deutschland geben. Das sind wichtige Signale für alle Familien, die genau das für ein sicheres, zukunftsfähiges Aufwachsen benötigen. Aber es sollte in der Familienpolitik um mehr gehen als um systembedingte Erhöhungen und Programmfortschreibungen“, erklärt Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes der Katholiken.

Die Kernpunkte des Haushaltsentwurfs in der Familienpolitik sind die Erhöhung des Kindergeldes, des Kindersofortzuschlags und der Kinderfreibeträge. Um Familien finanziell zu entlasten, werden ab 2025 das Kindergeld und der Kindersofortzuschlag pro Kind um 5 Euro pro Monat erhöht. Zusätzlich werden die Kinderfreibeträge 2024 und 2025 angehoben. „Hier ist zu fragen, warum nicht auch in diesem Jahr das Kindergeld erhöht wird, da Familien in allen Lebenslagen durch steigende Preise betroffen sind“, führt Hoffmann aus. „Aus guten Gründen wurden in der Vergangenheit der Kinderfreibetrag und das Kindergeld immer gleichzeitig angehoben, um alle Familien im Blick zu behalten. Und auch 2025 findet keine wirkliche Erhöhung des Kindergeldes statt, sondern eine Anpassung, damit es nicht zu drastischen Kaufkraftverlusten kommt. Um den Status quo für Familien zu erhalten, ist insgesamt mindestens eine Kindergelderhöhung um 10 Euro erforderlich.“

Die im Haushalt bereitgestellten Mittel in Höhe von zwei Milliarden Euro für den qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung deuten auf eine Fortführung des Kita-Qualitätsgesetzes hin. Das reicht Ulrich Hoffmann nicht: „Diese Investitionen sind wichtige Signale, aber auch hier braucht es mehr Ehrgeiz und Innovation. Ein Kita-Qualitätsgesetz existiert bisher nur dem Namen nach. In der Sache handelt es sich um ein verwaltungsaufwendiges Förderprogramm des Bundes. Nötig ist eine Verbesserung durch echte, verbindliche Qualitätsstandards.“

Der angekündigte Haushaltsentwurf signalisiert, dass Familien auf der politischen Agenda nicht vergessen sind und alle Familien unterstützt werden. „Dieses positive Signal darf aber kein Ersatz für angekündigte Reformen der familienpolitischen Leistungen sein“, so Ulrich Hoffmann. „Damit alle Kinder mehr Teilhabemöglichkeiten und Bildungschancen erhalten, braucht es eine realistische Neuberechnung des Existenzminimums. Ein pragmatischer Weg, um Familien mit kleinen Einkommen zielgenau zu unterstützen und die positiven Ansätze der Kindergrundsicherungsdebatte aufzunehmen, wäre zudem eine Reform des Kinderzuschlages.“

DAS ERFOLGSMODELL DER SOZIALVERSICHERUNG BENÖTIGT DRINGEND EIN UPDATE 3.0

Die Sozialversicherungen stehen vor Herausforderungen, die durch die Definition von Haltelinien nicht zu lösen sind. Nötig sind grundlegende Reformen zur Stabilisierung des Systems und zur Anerkennung der Leistungen der Familien für die umlagefinanzierten Sozialversicherungen.

Berlin, den 26.06.2024 – „Grundsätzlich geht es um die faire Verteilung der Lasten zwischen den Generationen und unterschiedlichen Einkommensgruppen sowie um die Entlastung von Familien. Die Sozialversicherungen leisten eine Absicherung, die als Erfolgsmodell gelten kann. Aber auch Erfolgsmodelle kommen in die Jahre und benötigen von Zeit zu Zeit ein Update“, erläutert Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes der Katholiken.

Die steigenden Bedarfe der Sozialversicherungen sind alleine über Beitragserhöhungen nicht zu decken. Es bedarf grundsätzlicher Diskussionen mit Blick sowohl auf die Einnahmen- als auch auf die Ausgabenseite. Zu prüfen sind die Einbeziehung neuer Personengruppen und weiterer Einkommensarten sowie die Anpassung der Beitragsbemessungsgrenzen. Auch die Diskussion über das Renteneintrittsalter und die sog. „Rente mit 63“ darf kein Tabu sein, sofern insgesamt ein gerechter Ausgleich mit Rücksicht auf Härtefälle gefunden wird. Der demographische Wandel ist nicht neu, sondern seit Jahrzehnten bekannt. Dass die Parteien aus Angst vor bevorstehenden Wahlen vorausschauende Reformen scheuen, ist fatal, da ein Umsteuern in der Sozialversicherung eine lange Vorlaufzeit hat. Je länger Reformen verschleppt werden, desto schwieriger werden sie. Die Auswirkungen sind an verschiedenen Punkten deutlich. Zum einen gibt es immer weniger Beitragszahlende und zum anderen steigen die Lasten der Beiträge auf deutlich über 40 %. Eine Strukturreform der Sozialversicherungen müsste hier gegensteuern. Denn wenn die Beiträge auf insgesamt weit über 40 % steigen, hätte dies nicht nur Überlastungen für Arbeitnehmende zur Folge, sondern auch massive gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. Zentral ist auch die Entlastung von Familien, damit das System die ökonomische Wahrheit sagt und keine Anreize für die eigene Destabilisierung setzt: „Eine Differenzierung nach generativen Beiträgen, wie es der Familienbund seit vielen Jahren fordert, wäre ein probates Mittel, um die Leistungen von Familien gerade im Hinblick auf die Umlagefinanzierung, anzuerkennen“, erläutert Hoffmann. „Wenn Familien einen Freibetrag während der Erziehungszeiten ihrer Kinder erhielten, würde ihre Leistung anerkannt. Ein anderer Ansatzpunkt wäre auf der Seite der Rentenleistungen möglich, indem Kindererziehungszeiten stärkere Berücksichtigung finden würden.“

„Die Finanzierung der Sozialversicherung durch immer höhere Beiträge ist keine auf Dauer angelegte Lösung. Hier braucht es ein Gegensteuern mit Plan. Auch eine gute Familien- und Bildungspolitik ist eine wichtige Säule, um dem Umlageverfahren Sicherheit zu geben“ erklärt Hoffmann. Erfolgreiche Bildungspolitik bietet allen Menschen die Möglichkeit, Chancen und Teilhabe zu erfahren. Dies

sichert nicht nur den eigenen, sondern auch den Wohlstand und das Funktionieren der gesamten Solidargemeinschaft in der Bundesrepublik. „Es geht um ein generationenübergreifendes, nachhaltiges Sozialsystem, welches Familien ermöglicht, ihr Lebensmodell zu leben, ohne am Ende zu verarmen, sei es während der Erziehung der Kinder, sei es im Alter“ schließt Hoffmann.

STELLUNGNAHMEN

FAMILIENBUND FORDERT DEUTLICHE FAMILIENPERSPEKTIVE BEI DER DEUTSCHEN NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE

Die Bundesgeschäftsstelle des Familienbundes der Katholiken hat eine vorläufige Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verfasst. Einreichungsfrist im Anhörungsverfahren für Bürger:innen war der 26. Juli. Für den Familienbund der Katholiken ist die nachhaltige Gestaltung der Gesellschaft die Voraussetzung dafür, dass die Erde für jetzige wie für kommende Generationen als lebenswerter Ort erhalten bleibt und heutige Entscheidungen nicht die Handlungsmöglichkeiten der Generationen von morgen einschränken. Damit aus der ökologischen Krise weder eine soziale Krise noch eine Bedrohung für die Demokratie entsteht, ist aus Sicht des Familienbunds eine familienorientierte und sozial gerechte Ausgestaltung klima- und nachhaltigkeitspolitischer Maßnahmen nötig. Ein Großteil der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) entfaltet seine Wirkung zudem unmittelbar für Familien. Dazu zählen u.a. die Bekämpfung von Armut, weniger Ungleichheit, Gleichstellung, Bildung sowie nachhaltige Städte und Gemeinden.

In seiner Stellungnahme hat sich der Familienbund daher auf den Aspekt „Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit“ konzentriert.

Er fordert, die Perspektive von Familien umfassend in die Strategie einzuführen, die bisher kaum im Blick sind, obwohl sie zu den wichtigsten Akteuren und Adressaten gehören, beim Klimawandel wie bei den politischen Maßnahmen. Der Familienbund schlägt vor, obligatorisch zu prüfen, wo durch Klimawandel und Transformation soziale Ungleichheiten entstehen und wie darauf angemessen zu antworten ist, mit besonderer Perspektive auf die Familien. Er spricht sich zudem für die finanzielle Unterstützung von Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen aus. Eine Perspektive, die allein auf die Befähigung zur Erwerbsarbeit abstellt, lehnt er ab. Soziale Fragen sollten gleichrangig mit den Transformationserfordernissen behandelt und mehr als bisher mit ökologischen Aspekten zusammengedacht werden.

Vorrangig braucht es passende politische Weichenstellungen bei Infrastruktur, Transferleistungen, Steuern etc., damit individuelles nachhaltiges Handeln möglich und attraktiv wird.

Im Herbst 2024 ist eine Verbändeanhörung geplant, bei der sich der Familienbund mit einer finalen Stellungnahme einbringen will. Es hat die zuständige Staatsministerin um Einladung gebeten.

ENTWURF EINES ZWEITEN JAHRESSTEUER- GESETZES 2024 (2. JAHRESSTEUERGESETZ 2024 – JStG 2024 II)

I. Einleitende Bemerkungen

Am 10. Juli 2024 hat das Bundesministerium der Finanzen den Entwurf eines zweiten Jahressteuergesetzes 2024 (JStG 2024 II) vorgelegt. Der Entwurf sieht v.a. folgende für Familien relevante Änderungen vor:

- Der Grundfreibetrag für Erwachsene und der Kinderfreibetrag werden ab 2025 und erneut ab 2026 angehoben, um Kostensteigerungen zu berücksichtigen und das Existenzminimum für alle Familienmitglieder steuerfrei zu stellen.
- Das Kindergeld wird ab 2025 um 5 Euro pro Monat auf 255 Euro erhöht.
- Durch eine Verschiebung des Steuertarifs entsprechend der Preisentwicklung wird die „kalte Progression“ ausgeglichen – also der Effekt, dass die Steuerlast durch inflationsentsprechende Lohnerhöhungen ansteigt, ohne dass die Kaufkraft gestiegen ist.
- Die Steuerklassenkombination III und V soll abgeschafft und ab 2030 in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV überführt werden.

Bei den Anpassungen der Steuerfreibeträge an die Preisentwicklung, der entsprechenden Anhebung des Kindergeldes und dem Ausgleich der kalten Progression handelt es sich nicht um gestaltende, sondern um verwaltende Familienpolitik. Ähnliche Maßnahmen haben auch frühere Bundesregierungen vorgenommen. Im historischen Vergleich liegen die Unterschiede darin, ob auch Anpassungen über die Inflation hinaus vorgenommen werden sollten. Das ist aktuell nicht geplant. Die Änderungen sind aber dennoch von hoher Wichtigkeit für die Familien, da sie finanziell bedeutende Auswirkungen haben. Die Anhebung der Steuerfreibeträge ist verfassungsrechtlich geboten. Die gleichzeitige Anhebung des Kindergeldes ist notwendig, damit die Familienförderung erhalten bleibt und alle Familien erreicht werden. Der Ausgleich der kalten Progression verhindert heimliche, durch Inflation eintretende Steuererhöhungen. Der Familienbund begrüßt, dass diese Änderungen vorgenommen werden.

Zusammenfassend sind folgende Punkte zu nennen:

- Die Freibetragsanhebung für das Jahr 2025 erscheint im Hinblick auf die aktuelle Inflation sehr niedrig und sollte noch einmal überprüft werden. Eine Erhöhung um 2 % erscheint aus aktueller Sicht mindestens erforderlich.

- Aufgrund der starken Inflation der letzten Jahre kann der BEA-Freibetrag, der den Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf der Familien berücksichtigt, nicht auf dem Stand von 2021 bleiben. Der BEA-Freibetrag muss an die Inflation angepasst werden.
- Bei der Kindergelderhöhung muss auch die starke Erhöhung des Kinderfreibetrages im Jahr 2024 berücksichtigt werden. Sonst nimmt die Bundesregierung de facto ihre eigene Aussage zurück, dass die Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2023 auf 250 Euro nicht nur eine Inflationsanpassung, sondern eine Stärkung der Familienförderung und bereits eine Teilumsetzung der vereinbarten Kindergrundsicherung gewesen sei. Fällt die Kindergelderhöhung 2024 aus, sinkt die Familienförderung wieder deutlich. Das Kindergeld muss entsprechend der Freibetragssteigerungen seit 2023 um 7,2 % von 250 Euro auf 268 Euro angehoben werden.
- Positiv ist, dass gesetzlich geregelt werden soll, dass bei einer Anhebung der Kinderfreibeträge das Kindergeld entsprechend erhöht wird. Dadurch stärkt der Gesetzgeber die bisherige parlamentarische Praxis. Der Familienbund schlägt vor, die Regelung in § 66 Abs. 3 EStG-E so zu formulieren, dass das Kindergeld mindestens entsprechend der Freibeträge angehoben werden muss. Die Selbstverständlichkeit, dass es auch in Zukunft möglich sein soll – und im Sinne des „besonderen Schutzes der Familie“ (Art. 6 Abs. 1 GG) wäre –, über eine Inflationsanpassung hinaus die Familienförderung zu stärken, sollte klargestellt werden.

Die Abschaffung der Steuerklassenkombination III/V sieht der Familienbund als Kompromiss in der Debatte um das Ehegattensplitting, das im Gegenzug erhalten bleiben muss. Die Reform bringt Vorteile für die Geschlechtergerechtigkeit, da die demotivierende Wirkung einer übermäßigen Besteuerung des weniger verdienenden Partners entfällt. Da Alleinverdienerfamilien über die Steuerklassenkombination IV/IV mit Faktor eine ähnliche Wirkung erzielen können wie über die Steuerklassenkombination III/V, beschränken sich die Nachteile im Wesentlichen auf einen höheren bürokratischen Aufwand. Dieser muss durch eine gute verwaltungspraktische Umsetzung der Reform weitgehend vermieden werden. Ein leicht erhöhter Aufwand könnte für eine gerechtere Besteuerung beider Ehepartner in Kauf genommen werden.

Die Bewertung der einzelnen Maßnahmen können Sie der gesamten Stellungnahme auf unserer Website entnehmen, bzw. bei uns als Dokument anfragen.

DV Bamberg

Domstr. 9, 96049 Bamberg, Tel.: 0951/5023545, kontakt@familienbund-bamberg.de, www.familienbund-bamberg.de

GROSSE FREUDE BEI DER PREISÜBERGABE

Anlässlich des 70-jährigen Bestehens vom Familienbund der Katholiken und der Katholischen Elternschaft im Erzbistum Bamberg wurde beim diesjährigen Heinrichsfest ein Gewinnspiel veranstaltet. Zu gewinnen gab es ein Familienwochenende im Kolpinghaus Lahm im Bayerischen Wald. Es haben viele Familien an der Verlosung teilgenommen und noch am selben Tag wurden die Gewinner in der Geschäftsstelle von der Diözesanratsvorsitzenden Christiane Kömm gezogen. Es handelte sich hierbei um eine junge Familie aus der Stadt Bamberg. Die Freude war groß, als die Diözesanratsvorsitzende zusammen mit der Geschäftsführerin den Gutschein für das Familienwochenende an die strahlende Gewinnerfamilie überreichte.



doch eindringlich darum, die Kindertagesstätten nicht mit dem Wegfall der Schlüsselzuweisungen zu belasten. Hier sagte der Erzbischof: „Die Kirche zieht sich nicht aus ihrer Verantwortung für die Kindertagesstätten zurück, aber auf Beschluss des Diözesan-Steuerausschusses soll die Schlüsselzuweisung für die KiTas in zwei Schritten zurückgefahren werden. Die veränderte Finanzlage ist natürlich eine große Herausforderung für uns. Ziel sei es, in den nächsten 10 Jahren insgesamt 20 Millionen Euro einzusparen.“ Die Mitglieder des DFR baten darum, die Kirche solle weiterhin ihren Beitrag sichtbar in die Familien tragen, durch Wertevermittlung und dem Erhalt der Einrichtungen. Der Familienbund ist erleichtert über die klare Positionierung der bayerischen Sozialministerin, entgegen aller Kritik, Ihrem Standpunkt treu zu bleiben: Sonntagseinkäufe und längere Ladenöffnungszeiten sind keineswegs familienfreundlich und zudem fehlen die Fachkräfte im Verkauf. Der nächste Punkt des Gespräches betraf LGBTQ, ein Bild in der Gesellschaft, das medial immer mehr Beachtung findet. Erzbischof Gössl verdeutlichte, dass alle Menschen rücksichtsvoll zu behandeln sind. Ihm ist wichtig, zu vermitteln, dass jeder in seinem Sein in der katholischen Kirche anerkannt und willkommen ist. Es bestand Einigkeit, dass gemäß der christlichen Soziallehre die Würde des Menschen immer oberste Priorität hat. Erzbischof Herwig Gössl versicherte, auch zukünftig sehr gerne Gespräche mit dem DFR wahrnehmen zu wollen. Denn Familien brauchen eine starke Stimme und Demokratie braucht Religion. Deshalb müssen auch zukünftig alle Gesetzesvorhaben auf Ihre Familienverträglichkeit geprüft und auch kritische Fragen gestellt werden. Zum Schluss ermutigte er die Mitglieder des Diözesanfamilienrates: „Machen Sie bitte so weiter.“

GESPRÄCH MIT SR. HOCHWÜRDIGSTEN EXZELLENZ ERZBISCHOF HERWIG GÖSSL

Der neue Erzbischof hieß kürzlich die Delegation vom Diözesanfamilienrat des Erzbistums Bamberg (DFR) willkommen. Die Vorsitzende Christiane Kömm dankte herzlich für die Gesprächsbereitschaft und auch für die Ernennung des Referenten für Ehe, Herrn Mathias Schaller zum neuen Geistlichen Begleiter des Familienbunds Bamberg. Sie informierte den Erzbischof darüber, mit welchen Themen sich der Familienbund in dieser Legislatur auseinandersetzt: Die Legalisierung der Droge Cannabis ist für den DFR unbegreiflich. Der Familienbund hat bereits im Sommer letzten Jahres eine Pressemitteilung herausgebracht und diese auch hohen politischen Mandatsträgern überreicht, mit der Bitte, das Gesetz zu stoppen. Auch in die Debatte um die Kindergrundsicherung hat sich der Familienbund eingemischt. Frau Kömm verwies darauf, dass auch bei Themen wie bspw. der Klimagerechtigkeit geprüft werden muss, welche Auswirkungen politische Entscheidungen und Gesetze auf Familien haben. Dies bejahte der Erzbischof und meinte: „Familie betrifft alle Menschen: Oma, Opa, Tante, Onkel, Paten, pflegende Angehörige etc. Gerade erleidet die Gesellschaft einen Werteverlust und dennoch stellen die Menschen epochale Fragen – wollen miteinander ins Gespräch kommen – und suchen Antworten. Hier kann die Kirche Ratgeber und Begleiter sein. Kirche bewirkt viele gute Dinge – sie wirkt in die Gesellschaft, bspw. mit ihren Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern Senioreneinrichtungen, – dies müsse besser aufgezeigt werden.“ Anschließend zeigte DFR Verständnis für die derzeitige schwierige finanzielle Situation und bat je-



Erzbischof Herwig Gössl mit der Delegation des Diözesanfamilienrates im Erzbistum Bamberg

DV Münster

Schillerstr. 44 a, 48155 Münster, Tel.: 0251/97 44 14 68/-9, info@familienbund-ms.de, www.familienbund-ms.de

LIUDGEREMPfang: FAMILIEN SIND BUNT UND VIELFÄLTIG!

NRW-Familienministerin Josefine Paul betont Bedeutung der christlichen Kirchen, Vielfalt zu fördern

Das Diözesankomitee im Bistum Münster hat sich auf seinem Liudgerempfang in der Münsteraner Akademie Franz Hitze Haus mit dem Thema Familie in all seinen Ausformungen beschäftigt. „Das traditionelle Modell von `Vater, Mutter, Kinder, Ehe` entspricht schon lange nicht mehr der Lebenswirklichkeit vieler Menschen“, sagte Ulrich Vollmer, Vorsitzender des Diözesankomitees, zu Beginn des Empfangs. Familien seien heute bunter und vielfältiger. Das Diözesankomitee hat mit der inhaltlichen Ausrichtung des Empfangs ein Anliegen von Bischof Felix Genn aufgegriffen, der die Familienpastoral als Schwerpunkt des Jahres 2024 benannt und gleichzeitig eine Weitung des traditionellen Modells der Familie vorgenommen hat.

In seinem Grußwort ermutigte der Bischof mit Blick auf den Familienbegriff dazu „über den Rand dessen hinauszuschauen, was wir als unsere Glaubenswirklichkeit erkennen“. Der Familienbegriff habe sich verändert und erweitert. Er forderte zu Integration statt Ausgrenzung auf. Die NRW-Familienministerin Josefine Paul wies in ihrem Impulsvortrag zum Thema „Stärkung der vielfältigen Familienstrukturen als Querschnittsaufgabe der Politik“ darauf hin, dass es zu einer Demokratie auch gehöre, dass man sich aussuchen könne, mit wem und in welcher Familienform man leben möchte.

Bischof Felix Genn: Unser Volk darf nicht mehr antisemitisch werden

„Es ist mir eine Herzensangelegenheit, Ihnen heute zu danken“, wandte sich der Münsteraner Bischof Felix Genn direkt an das Diözesankomitee. „Man nennt unser Bistum nicht ohne Grund das Verbändebistum Deutschlands. Ich begegne hier sehr vielen engagierten Kindern, Jugendlichen, Männern und Frauen. Und dass in Zeiten des Umbruchs und der großen Vertrauenskrise in unserer Kirche. Ich habe großen Respekt für Sie und Ihr Engagement.“

Gleichzeitig bat der Bischof um Unterstützung und verwies auf rechts- und linksextremistische Entwicklungen sowie antisemitischen oder populistischen Strömungen in der Gesellschaft. „Wohin geht unsere Gesellschaft? Wohin unsere Demokratie?“ Das Ergebnis der AfD bei der Europawahl habe ihn erschreckt. „Wir können uns nicht mit einfachen Antworten zufriedengeben. Helfen Sie mit, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen: durch Diskurs, mit Argumenten und Gesprächen. Unser Volk darf nicht mehr antisemitisch werden.“

Ulrich Vollmer: Diözesankomitee zeigt Flagge

Der Vorsitzende Ulrich Vollmer dankte Bischof Felix für sein „starkes Statement. Sie haben uns Christinnen und Christen zu einem offenen Diskurs, zum Widerspruch und zu einem deutlichen Protest gegen links- und rechts-extreme Positionen aufgerufen. Das haben wir getan und werden wir weiterhin tun“. Er verwies dabei auf die Erklärung des Vorstandes im Vorfeld der Europawahl. „Dort haben wir uns eindeutig positioniert und Flagge gezeigt.“

Josefine Paul, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen nahm in ihrem Vortrag Bezug auf die Aussagen Genns und wies darauf hin, dass jeder und jede Verantwortung trage für ein gelingendes Miteinander. Gleichzeitig wandte sie sich gegen jegliche Form von Antisemitismus: aufgrund von rechtsextremistischem Gedankengut, aufgrund von falsch verstandener linker Ideologie oder aufgrund islamistischer Tendenzen. Sie forderte die Anwesenden dazu auf, dem Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Ministerin Josefine Paul: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit.

In diesem Zusammenhang verwies die Ministerin auf die wichtige Bedeutung der christlichen Kirchen, Vielfalt zu fördern. Vielfalt sei ein wunderbares Ergebnis eben dieser freiheitlichen und selbstbestimmten Lebensweise, die Demokratie ermögliche. Demokratie sei aber keine Selbstverständlichkeit. Im Gegenteil: Die Demokratie als vermeintliche Selbstverständlichkeit stünde unter enormen Druck. Deshalb sei es wichtig, für sie einzutreten und sie zu verteidigen.



Foto: Heinz Kues (Familienbund), Ministerin Paul, Anke Paul (Junge Gemeinschaft), Uwe Slüter (Kolping) und Johannes Bernard (Kirche und Leben)

DV Osnabrück

Gartbrink 5, 49124 Georgsmarienhütte, info@familienbund-osnabrueck.de, www.familienbund-osnabrueck.de

FAMILIENBUND GRATULIERT BISCHOF DOMINICUS ZUR AMTSEINFÜHRUNG

Der Familienbund der Katholiken im Bistum Osnabrück hat Bischof Dominicus zu seiner Amtseinführung am 8. September als Nachfolger von Bischof em. Bode seine Glückwünsche überbracht. „Wir freuen uns sehr, dass Sie künftig die Geschicke unseres Bistums leiten werden!“, teilt der Vorstand in einem persönlichen Anschreiben mit. Seine Botschaften an die Kirche im Bistum Osnabrück im Rahmen der Vorstellung am 28. Mai dieses Jahres seien eine große Ermutigung gewesen, so der Familienbund-Vorstand. Besonders hebt der Familienbund die von ihm benannte Freude an der Begegnung mit den Menschen, seine Bereitschaft, die von Bischof em. Franz-Josef eingeschlagenen Wege weiterzugehen, sowie den Hinweis auf die gemeinsame Verantwortung und die Bedeutung von synodalen Strukturen als Grundvoraus-

setzung für das Gelingen von Gemeinschaft hervor. Als einen ersten Gruß zu seinem Amtsantritt gab der Familienbund bereits einen Einblick in die familienpolitischen Anliegen des Familienbundes mittels der neu gestalteten Flyer zu den Themen Steuergerechtigkeit, gerechte Sozialversicherungen, frühkindliche Bildung, gutes Leben für alle Familien und Klimawandel. Für die besonders in der nächsten Zeit sicherlich zahlreichen Reisen zu Antrittsbesuchen und damit verbundenen Gesprächen im Bistum Osnabrück wurde auch die Trinkflasche des Familienbundes überreicht, damit der neue Bischof unterwegs immer eine Erfrischung zur Hand hat.



Foto: Bistum Osnabrück

DV Rottenburg-Stuttgart

Jahnstr. 30, 70597 Stuttgart, Tel.: 0711/ 97 91 - 476, familienbund@blh.drs.de, www.familienbund-drs.de

FAMILIE – GESELLSCHAFTSPOLITISCH UNTER DIE LUPE GENOMMEN



Online-Seminarreihe des Familienbundes der Katholiken rund um das Thema „Familie“

Viele Entscheidungen des Staates treffen Familien direkt in ihrem gelebten Alltag. Dennoch wird Familienpolitik von Presse und Regierung oft nur als Nebensache abgehandelt. Denn die politischen und verwaltungstechnischen Mechanismen sind kompliziert und Familien gelten nicht als politisch einflussreicher Block. Das ist auch kein Wunder, denn Familien sind eine extrem diverse Gruppe. Dennoch gibt es gemeinsame Interessen. Im Rahmen der Seminarreihe können wir diese diskutieren, reflektieren und in das politische Geschehen einbringen.

Die Teilnehmer:innen erhalten den Zugangslink am Tag vor der Veranstaltung.
Der Kurs ist kostenfrei.

Information und Anmeldung:

Familienbund der Diözese Rottenburg Stuttgart
E-Mail: familienbund@blh.drs.de |
Homepage: www.familienbund-drs.de

Mittwoch, 06.11.2024

17:30 bis 19:30 Uhr

Bezahlbarer Wohnraum für Familien

Referent: Tobias Weidemann, Mitglied des Leitungsteams Familienbund Freiburg

Mittwoch, 27.11.2024

19:30 bis 21:30 Uhr

Die gesellschaftliche Spaltung als Folie für familienpolitische Arbeit

Referent: David Begrich, Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V., Magdeburg

Mittwoch, 15.01.2025

17:00 bis 18:30 Uhr

Antiquiert oder gerecht? – Der Dauerstreit um das Ehegattensplitting

Referent: Matthias Dantlgraber, Bundesgeschäftsführer des Familienbundes der Katholiken

Dienstag, 04.02.2025

17:30 bis 19:00 Uhr

Rechtliche Betreuung – kann sie vermieden werden?

Referent: Prof. Dr. jur. Rolf L. Jox, Vorsitzender des Ausschusses Recht im Familienbund Bundesverband

Montag, 24.02.2025

17:00 bis 19:00 Uhr

Ganztagsförderung in der Grundschule - Rechtsanspruch ab 2026

Referentin: Katalin Farkas, Verband Alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband RLP e. V

Kolpingwerk Detuschland

St.-Apern-Str. 32, 50667 Köln

Tel: (0221) 20 701 -138, info@kolping.de

www.kolping.de

BEKÄMPFUNG VON FAMILIENARMUT BRAUCHT MEHRDIMENSIONALEN ANSATZ

Kolpingwerk Deutschland verabschiedet Grundlagenpapier

Das Kolpingwerk Deutschland verabschiedete Ende Juni 2024 ein fünfseitiges Grundlagenpapier mit dem Titel „Armutslagen von Familien verringern – Ganzheitliche Armutspolitik braucht einen langen Atem“.

Dass familiäre Armut schon seit langer Zeit ein großes sozialpolitisches Problem darstellt, ist unbestreitbar. In der breiten Öffentlichkeit fokussiert sich die Debatte oftmals auf rein monetäre Aspekte, und der Ruf nach der Aufstockung familienbezogener Finanzleistungen wird laut. Dies ist nicht von der Hand zu weisen und sicherlich ein wichtiger Aspekt, vor allem in Zeiten deutlich höherer Lebenshaltungskosten. Dem Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland erschien es aber wichtig, nicht nur den „Finger in die Wunde“ zu legen, sondern auch Ideen für ein mehrdimensionales angelegtes Konzept zur Verbesserung der Situation zu formulieren. Herausgekommen ist dabei ein Grundlagenpapier mit fünf Punkten:

- Es gilt hier, einen weiteren Ausbau der Angebote im Rahmen des Netzwerkes „Frühe Hilfen“ sowie der ebenso wichtigen „kommunalen Präventionsketten“ voranzutreiben: Letztere setzen im gesamten Kinder- und Jugendalter an und bieten im besten Falle eine optimale Verzahnung zwischen Jugendamt, Schule und Gesundheitsvorsorge/Prävention. Gerade die kommunalen Präventionsketten sind aber noch nicht flächendeckend in Deutschland etabliert und es fehlt an einer soliden Finanzierung.
- Ausbau der familienbezogenen Finanzleistungen, aber nicht nach dem Gießkannenprinzip: Das Kolpingwerk Deutschland hält auch die Einführung einer Kindergrundsicherung nach dem vorgesehen Konzept für wenig zielführend, da sie kaum eine Vereinfachung der Beantragung von Leistungen beinhaltet und längst nicht für alle Anspruchsberechtigten eine finanzielle Verbesserung darstellt.
- Das Kolpingwerk Deutschland ist der Auffassung, dass der Ausbau an Elternberatung/Erziehungsberatung und vor allem niedrigschwellige pädagogische Alltagshilfen einen Ankerpunkt zur Bekämpfung von Familienarmut darstellen. Gerade die Unterstützung in Erziehungsfragen, aber vor allem der Ausbau von Alltagskompetenzen wie z. B. „Gesund und günstig kochen“.
- Ausbau der frühkindlichen Betreuung und Bildung: Vielerorts kann eine gute und wohnortnahe Betreuungssituation nicht gewährleistet werden, weil Kita-Plätze fehlen. Eine große Problematik besteht auch darin, dass die Kosten für einen Kita-Platz sehr ungleich pro Kommune verteilt sind. Dies ist vor allem für Familien ein Problem, die keine Transferleistungen erhalten, aber wenig verdienen.
- Eigener konkreter Beitrag zur Hilfe: Als katholischer Sozialverband leistet KOLPING mit seinen Unternehmen und Einrichtungen einen Beitrag dazu, die Folgen von Armut abzumildern und mehr soziale Teilhabe zu ermöglichen. Hierzu zählt unter anderem kostenlose Nachhilfeangebote, Sozialfonds für Ferienfreizeiten etc. Darüber hinaus appelliert das Kolpingwerk Deutschland an die Bundespolitik, bei den Haushaltsberatungen nicht den Rotstift im Sozial- und Familienressort anzusetzen. Ferner wirbt es dafür, dass die Entstehung und Verfestigung von Armutslagen ressortübergreifend gelöst werden müssen und nicht zum Spielball von Partikularinteressen werden dürfen.

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)

Prinz-Georg-Str. 44, 40477 Düsseldorf, Tel.: 0211 44992-25

www.kfd.de

„DIE MITARBEITERIN“ UNTERSTÜTZT IN DER KIRCHLICHEN FRAUENARBEIT

Seit 75 Jahren gibt es die „Die Mitarbeiterin“, das Werkheft der kfd für alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen. Die Abonnementzeitschrift gibt Tipps und Ideen für die Praxis. In Form von Gottesdiensten, Bildungsveranstaltungen, Gruppenmodellen sowie spirituellen Impulsen unterstützt das Heft Multiplikatorinnen bei ihrer Arbeit. „Die Mitarbeiterin“ will anstiften zum Handeln und Lust machen, Kirche und Gesellschaft mitzugestalten.



KFD-BUNDESVERBAND: WECHSEL IN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Foto: kfd / Doreen Bierdel



Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V. hat seit dem 1. August eine neue Geschäftsführerin. Jutta Flüthmann, zuvor Leiterin der Abteilung Finanzen und Verwaltung, arbeitet seit 20 Jahren in der Bundesgeschäftsstelle und hat jetzt Brigitte Vielhaus abgelöst. Die kfd dankt Vielhaus für ihre insgesamt fast 40-jährige Tätigkeit im Bundesverband.

Die neue Geschäftsführerin lebt in Krefeld und ist selbst bereits seit vielen Jahren Mitglied in der kfd. „Meine Mutter ist schon seit langer Zeit eine sehr engagierte kfd-Frau im Bistum Münster, ich bin sozusagen mit der kfd groß geworden“, erklärt Flüthmann. 2004 fing sie als Assistentin der damaligen Generalsekretärin der kfd im Bundesverband an. Die gelernte Wirtschaftsfachwirtin übernahm einige Jahre später die Stelle als Verbandsreferentin und wurde 2018 Leiterin für die Abteilung Finanzen und Verwaltung. Vor ihrer Zeit beim kfd-Bundesverband war Flüthmann viele Jahre als Assistentin und Projektmanagerin im Klens-Verlag, dem ehemaligen Verlag der kfd, tätig.

Auf ihre neue Aufgabe freut sich Jutta Flüthmann. Die 54-Jährige hat sich zum Ziel gesetzt, den Verband weiterzuentwickeln. Die Kompetenzen der Bundesgeschäftsstelle werden dazu gefördert und ausgebaut – zum Wohl der gesamten kfd. „Wir müssen alle an einem Strang ziehen, wir in der Bundesgeschäftsstelle zusammen mit den kfd-Diözesanverbänden und den kfd-Gruppen vor Ort. Gerade in dieser Zeit, in der die katholische Kirche vor großen Herausforderungen steht, bietet die kfd allen Frauen einen Ort, in dem sie Gemeinschaft, Menschlichkeit, Respekt und Vertrauen finden“, erläutert Flüthmann.

Die gebürtige Münsterländerin blickt positiv in die Zukunft. Das 100-jährige Bestehen der kfd im Jahr 2028 ist Anlass für Freude, Stolz und Festlichkeit. Es sei alle Kraft wert, die kfd in ihrer Bedeutung noch bekannter zu machen und zu stärken. „Denn“, so Flüthmann, „wir werden nicht nur in der Kirche, sondern in der Gesellschaft dringend gebraucht und das nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft.“

ALLES VERNETZT: CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN VON KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

Digitalität begegnet uns in unserem Alltag ständig und die Betrachtung derselben kann als eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe angesehen werden. Gerade vor Aspekten von Künstlicher Intelligenz schrecken wir oftmals zurück, da wir sie als tendenzielle Gefahr wahrnehmen.

In diesem Online-Seminar gehen wir verschiedenen Fragestellungen im Kontext von Künstlicher Intelligenz und Digitalität auf den Grund und betrachten beispielsweise mögliche politische und ethische Folgewirkungen.

Termin: 9. Oktober 2024, 18.30-20.30 Uhr, digital
(Anmeldung bis 27. September 2024)

Anmeldung und Infos:



BEHÜTET ODER GEFÄHRDET? – SELBSTBEWUSST GLAUBEN UND HANDELN!

Sexualisierte und spirituelle Gewalt in der Kirche: Was ist das? Wer ist davon betroffen? Was können wir praktisch tun? Diese Fragen ordnen wir in den weiteren kirchlichen Kontext ein und möchten darüber aktiv ins Gespräch kommen. Darüber hinaus geben wir Anregungen und Tipps für Gruppen auf unterschiedlichen Verbandsebenen, sich (stetig) mit der Thematik auseinanderzusetzen. Ziel ist es, sexualisierte und spirituelle Gewalt frühzeitig zu erkennen und Hilfen anzubieten.

Termin: 28. Oktober 2024, 18.30-21.30 Uhr, digital
(Anmeldung bis 14. Oktober 2024)

Anmeldung und Infos:



RECHTSECKE

GRENZGÄNGER HABEN ANSPRUCH AUF GLEICHE FAMILIENLEISTUNGEN

EuGH (Az. C-27/23)

Bernard Bertran pendelt täglich von Belgien nach Luxemburg, ein so genannter Grenzgänger. Er hat ein Pflegekind, das in seinem Haushalt lebt. Das Kindergeld bezieht er lange Zeit aus Luxemburg. Nun wird es nicht mehr gezahlt, denn im Ausland lebenden Arbeitnehmern steht luxemburgisches Kindergeld nur für leibliche Kinder oder Adoptivkinder zu. Ist das in Ordnung?

Nein, sagten die Richter am Europäischen Gerichtshof: "Grenzgänger zahlen in dem Land, in dem sie arbeiten, Steuern und Sozialabgaben und tragen so zur Finanzierung der sozialpolitischen Maßnahmen bei. Darum stehen ihnen auch die gleichen Familienleistungen bzw. steuerlichen und sozialen Vergünstigungen zu wie inländischen Arbeitnehmern."

KLEINWINDENERGIEANLAGEN MÜSSEN NICHT DER ALLGEMEINHEIT DIENEN

Oberverwaltungsgericht Koblenz (1 A 10247/23.OVG)

Viele Eigenheimbesitzer leisten ihren Beitrag zum Klimaschutz, indem sie eigenen Solarstrom produzieren. Familie Wetterhahn will vier Kleinwindenergieanlagen auf das eigene Grundstück stellen. Diese sind Sechseinhalb Meter hoch und sollen allein der privaten Stromversorgung dienen. Der Landkreis verweigert deshalb sein okay und meint: Die Anlagen würden nur für den Außenbereich zugelassen, wenn sie auch der öffentlichen Versorgung dienen. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz gibt der Familie im Berufungsverfahren recht: "Die Errichtung und der Betrieb der vier Kleinwindenergieanlagen dient letztlich einer umwelt- und ressourcenschonenden Energieversorgung. Hierzu tragen die Windenergieanlagen auch dann bei, wenn sie allein zur Deckung eines privaten Verbrauchs errichtet werden."

NEUER FORSCHUNGSVERBUND ZUM FAMILIENLEBEN IN BAYERN

„Familienleben in Bayern – Empirische Einsichten zu Transformationen, Ressourcen und Aushandlungen (ForFamily)“

Familien in Bayern stehen vor erheblichen Herausforderungen. Sozialer, wirtschaftlicher, demografischer und technologischer Wandel verändern die Lebenslagen und Situationen von Familien in der Region in vielfältiger Weise. Die Anliegen und Bedarfe von Familien zu erkennen, ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, auch und nicht zuletzt für nachhaltige politische Gestaltung.

Der Forschungsverbund ForFamily beabsichtigt hierzu, neue Erkenntnisse zu gewinnen, indem er die spezifischen sozialen und regionalräumlichen Bedingungen von Familien in Bayern untersucht. Dabei geht es insbesondere um familiäre Transformations- und Aushandlungsprozesse sowie um die den Familien zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Das Projekt ist durch sein interdisziplinäres Format, das verschiedene wissenschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven zusammenführt, innovativ aufgestellt. Es strebt an, die komplexen Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Transformationen und Veränderungsdynamiken von Familien zu verstehen. Dabei möchte der Verbund insbesondere die familiäre Binnenstruktur und das Familienleben aus der Perspektive der Beteiligten beleuchten. Durch intensive Zusammenarbeit innerhalb des interdisziplinären Teams will ForFamily aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen im Kontext des Familienwandels umfassend verstehen und aufzeigen.

Drei der insgesamt zehn Teilprojekte im Verbund sind an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) angesiedelt. Sie erforschen Aspekte des Familienrechts, der medialen Darstellung von Familien sowie neue Familienformen.

Anatol Dutta, Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung, leitet das Projekt „Familienrecht in der pluralistischen Gesellschaft“. Ziel ist es, aktuelle rechtliche Regelungen angesichts neuer familialer Lebensformen sowie multikulturellen Aufwachsens auf den Prüfstand zu stellen.

Am Lehrstuhl für Religionswissenschaft und Religionsgeschichte von Daria Pezzoli-Olgiati der Evangelisch-Theologischen Fakultät wird die „Familie im Film“ untersucht. Das Projekt soll aufzeigen, wie die Darstellung von Familien in Medien gesellschaftliche Vorstellungen widerspiegelt und prägt.

Soziologin Villa Braslavsky leitet das dritte Projekt an der LMU über „Transformationen des Normalen? ‚Doing Family‘ in post-traditionalen Familienkonstellationen“. Darin werden Formen des Co-Parenting untersucht, bei denen sich Familien über das Teilen von Erziehungsaufgaben definieren statt über romantische Partnerschaftsvorstellungen.



THE EINSTEIN CENTER POPULATION DIVERSITY

Das Einstein Center Population Diversity (ECPD) - *Unfolding unequal life courses within diverse families in aging societies* - ist ein interdisziplinäres Forschungszentrum mit Sitz in Berlin, Deutschland. Die Forschung wird von einem Konsortium aus sieben Partnerstandorten durchgeführt, die die Voraussetzungen und Folgen zunehmender Bevölkerungsvielfalt für soziale Ungleichheit und gesundheitliche Disparitäten untersuchen werden. Der besondere Schwerpunkt liegt auf der wachsenden Vielfalt der Familien im Kontext des gesunden Alterns, einschließlich der sich verändernden Vorstellungen und Grenzen der Familie selbst.



Übersetzt mit DeepL.com

FAMILIEN WERDEN SICH DRAMATISCH VERÄNDERN

Die Zahl der Verwandten, die ein Mensch hat, wird in naher Zukunft voraussichtlich um mehr als 35 Prozent abnehmen. Gleichzeitig verändert sich die Struktur der Familien. Die Zahl der Cousins und Cousinen, Nichten, Neffen und Enkelkinder wird stark abnehmen, während die Zahl der Urgroßeltern und Großeltern deutlich zunehmen wird. 1950 hatte eine 65-jährige Frau im Durchschnitt 41 lebende Verwandte. Im Jahr 2095 wird eine gleichaltrige Frau im Durchschnitt nur noch 25 lebende Verwandte haben. Diego Alburez-Gutierrez ist Leiter der Forschungsgruppe Ungleichheiten in Verwandtschaftsbeziehungen am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock. Zusammen mit Ivan Williams von der Universität Buenos Aires und Hal Caswell von der Universität Amsterdam hat er kürzlich eine Studie veröffentlicht, die die Entwicklung der menschlichen Verwandtschaftsbeziehungen weltweit prognostiziert. "Wir haben uns gefragt, wie sich der demografische Wandel auf die Verfügbarkeit der Verwandtschaft in der Zukunft auswirken wird", erklärt Alburez-Gutierrez. "Wie sahen Größe, Struktur und Altersverteilung der Familien in der Vergangenheit aus und wie werden sie sich in Zukunft entwickeln?"

Für die Studie haben die Forscher historische und prognostizierte Daten aus der 2022 Revision der World Population Prospects der Vereinten Nationen ausgewertet. "Wir verwenden mathematische Modelle, um die Beziehung zwischen einer Person, ihren Vorfahren und ihren Nachkommen über einen bestimmten Zeitraum darzustellen. Das Modell liefert durchschnittliche Alters- und Geschlechtsverteilungen für verschiedene Arten von Verwandtschaft für jedes Kalenderjahr", sagt Alburez-Gutierrez. Für jedes Land wurden 1000 Verwandtschaftsverläufe berechnet.



Studie



Artikel

GRÜNE ECKE



ZDK FORDERT FORTFÜHRUNG DES GREEN DEAL

In der Klimapolitik bekennt sich das ZdK zur Fortführung des "Green Deal", mit dem die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden möchte. Schöpfungsverantwortung bedeute auf europäischer Ebene, „den Green Deal nicht zur Disposition zu stellen, sondern zu vollenden“. Dazu brauche es eine rasche Einigung auf ein Etappenziel hinsichtlich der Emissionsenkung bis 2040 und eine effektive Verzahnung „von klimapolitischer Konsequenz, ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und wirksamer Armutsbekämpfung“.



"DAS WASSER" VON KATHRIN RÖGGLA

Der Klimawandel hat viele Orte. Einer davon ist die Literatur. Kathrin Röggla hat ein Theaterstück zur Klimakrise geschrieben.

Jahrhundertdürre folgt auf Jahrhundertflut, große Schäden, enormes Leid: Warum handeln wir nicht? Warum kämpfen wir nicht geschlossen gegen die Klimakrise an? Warum lassen wir einen Generationenkonflikt zu? Eine unübersichtliche Gemengelage aus Angst und Verdrängung, Aktivismus und Bürokratie, leeren politischen Versprechungen und persönlichen Interessen scheint zielgerichtetes Tun zu verhindern. Braucht es wirklich ein »Kurzzeitchina«, um die Klimakatastrophe zu verhindern?

Kathrin Röggla fügt der wissenschaftlichen Sprache eine künstlerische hinzu und verleiht dem aktuellen Thema so neue Dringlichkeit.

(auch als Buch erhältlich, Reclam Verlag)

KOMPLEXE FAMILIENVERHÄLTNISSE

Familienverhältnisse werden immer komplexer. Was zunächst fast banal klingt, wird bei genauerem Hinsehen zu einer Herausforderung für familiäre Praxen und Alltagsgestaltungen, aber auch für die Forschung, die sich dem Thema Familie widmet. Die Zunahme der Komplexität ist dabei eng verknüpft mit einem Wandel der Geschlechterverhältnisse. Caring Masculinities, Single Moms by Choice, Social Freezing und (queeres) Familienleben jenseits der heteronormativen Kleinfamilie sind nur einige Beispiele für ‚neue‘ oder ‚komplexe‘ familiäre Praxen – oder zumindest können sie zu solchen beitragen. Sie alle zeigen, dass Familie nicht (mehr) als solche einfach ‚ist‘, sondern beständig hergestellt werden muss, um nicht von außen oder innen in Frage gestellt zu werden oder an der Organisation des Alltags zu scheitern. Was macht dann Familie zu Familie, wenn alles immer komplexer wird? Wie kommen Familien zusammen, wie gründen sie sich? Wie erleben die Familienmitglieder ihr Zusammensein als Familie? Diesen und anderen Fragen widmet sich der Band, der „komplexe Familienverhältnisse“ als die neue ‚Normalität‘ untersuchen und in den Mittelpunkt stellen möchte.

Buschmeyer, Anna/Zerle-Elsäßer, Claudia (Hrsg.)
Komplexe Familienverhältnisse

Verlag Westfälisches Dampfboot, 2020. 294 S., Taschenbuch

ca. 66 Euro



FAMILIE IM 20. JAHRHUNDERT

Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken

Die Familie war im 20. Jahrhundert eine umkämpfte Sozialformation. Denn über die sie wurden Gesellschaftsvorstellungen diskutiert. Es ging um das Verständnis der Geschlechterrollen, die Bedeutung von Hausarbeit und Berufstätigkeit sowie die Vorstellungen zu Partnerschaft und Kindererziehung. Damit verknüpft war stets die Frage, welche Familienformen legitimiert oder diskriminiert und vonseiten des Staates gefördert werden sollten.

Neumaier, Christopher
Familie im 20. Jahrhundert

De Gruyter Oldenbourg, 2019. 596 S., geb.

ca. 129 Euro



FAMILIENREPORT 2024

Der Familienreport 2024 beschreibt die vielfältigen Lebenslagen von Familien in Deutschland. Die mittlerweile 8. Ausgabe bietet eine umfassende Bestandsaufnahme langfristiger Trends, sie greift aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen auf und informiert über familienpolitische Maßnahmen und Programme der Bundesregierung.

BMFSFJ

kostenloser Download



SINGLE MOM BY CHOICE: SELBSTBESTIMMT ALLEINERZIEHEND - MIT KIM REINERS

Wusstest du, dass Samenspenden gar nicht so anonym sind, wie du vielleicht dachtest. Die Gästin in dieser Folge hatte wahrscheinlich mehr Informationen darüber als manch andere Mutter von ihrem Partner. Und damit herzlich willkommen zur ersten Live-Folge von "Solo Moms", die bereits im April in Berlin aufgezeichnet wurde. In dieser Folge geht's um die bewusste Entscheidung alleinerziehend zu sein: So ist Kim Reiners nicht nur „Solo Mom“ eines fünfjährigen Sohnes, sondern ihr aktuelles Projekt heißt zudem „Single Mom by Choice“ - d.h. die 36-Jährige hat sich beim zweiten Kind bewusst dafür entschieden, alleinerziehend zu sein. So erzählt sie völlig offen von ihren Beweggründen, aber erklärt auch, wie das ganze in Deutschland überhaupt funktioniert und mit welchen Herausforderungen sie zu kämpfen hat. Und sie verrät auch, warum sie eine neue Partnerschaft in Zukunft dennoch nicht ausschließt, sie Vaterschaft aber ganz bewusst davon trennt. Also herzlich Willkommen zu "Solo Moms"!

Anne Dittmann
Solo Mums

Podcast
ca. 30 Minuten



DAS ALLES IST FAMILIE

Auf liebevolle Weise vermittelt diese Geschichte, wie vielfältig Familienleben sein kann: Alleinerziehende und Großfamilien, Unverheiratete und Mehrgenerationenhaushalte, Regenbogen- und Patchworkfamilien. Keine Familie ist gleich, aber sie alle verbindet die Liebe füreinander - selbst, wenn man sich einmal streitet. Einfühlsam erzählt von Michael Engler und mit zauberhaften Bildern von Julianna Swaney, wird Familienleben in all seinen bunten Facetten gezeigt. Ein Bilderbuch über Toleranz, Vielfalt, Freundschaft und Liebe – zum Vorlesen für Kinder ab 4 Jahren und für die ganze Familie.

Michael Engler, Julianna Swaney
Das alles ist Familie

arsEdition,
2021. 32 S., geb.

16 Euro.



ACH, DAS IST FAMILIE?!

Jedes Kind wächst unterschiedlich auf und nicht jedes bezeichnet den eigenen Umkreis als Familie. Zum Glück gibt es heute keine einheitliche oder „normale“ Definition bzw. Erklärung für den Begriff Familie mehr. Egal ob Alleinerziehende mit Kind, LGBTQIA+ Familien, Mama-Papa-Kind, Patchwork, Adoption, Foster-Families, und und und – keine Familie gleicht der anderen. Dieses Aufklärungsbuch mit Vorlesetexten und Info-Kästen für Eltern und Bezugspersonen holt Familien in ihrer Lebensrealität ab und bricht mit Rollenbildern, Erwartungen und Standards. Es zeigt viele neue Konstellationen auf, die die jungen Leser*innen und Vorlesenden vielleicht noch nicht kennen und die vor allem dazu anregen, jede Familie neu kennenzulernen.

Leseempfehlung: ab 5 Jahre

Britta Kiwit, Emily Claire Völker
Ach, das ist Familie?!

Edition Michael Fischer GmbH, 2024. 47 S., geb.

16 Euro.



Sie haben Fragen, Wünsche oder Anregungen zur Stimme? Schreiben Sie uns: stimme@familienbund.org

FRAGEN AN DANIELA BRODA

1. Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?

Ich freue mich über Glücksmomente im Alltäglichen – in guten Begegnungen, bei einem schönen Sonnenuntergang, beim Sport, auf der Arbeit oder auch einfach bei einem guten Essen oder auf einem schönen Konzert.

2. Wer hat Sie geprägt?

Neben meiner Familie die Jugendverbandsarbeit - hier war ich Freizeitkind, Gruppen- und Freizeitleitung und Jugendvertreterin.

3. Als Kind wollte ich immer ...

... Rad fahren, Fußball spielen und draußen in der Natur sein.

4. Auf welche Erfahrung in Ihrem Leben möchten Sie nicht verzichten?

Auf meine Erfahrungen, die ich in der Jugendverbandsarbeit sammeln durfte. Dazu gehören wertvolle Gruppenerlebnisse – mit Gleichaltrigen zu Fuß und auf dem Wasser durch Schweden zu reisen. In der Jugendverbandsarbeit hatte ich einen Ort als junger Mensch, den ich mit meinen Freunden gestalten konnte. Dort haben wir gemeinsam Wirksamkeit erfahren, Gemeinschaft erlebt – darauf möchte ich nicht verzichten.

5. Wozu können Sie nicht nein sagen?

Zu neuen Ideen.

6. Eine der besten Erfindungen ist ...

... das Fahrrad.

7. Ihre liebste Bibelstelle?

Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit (2. Timotheus 1,7).

8. Wie und wo möchten Sie Ihren Lebensabend verbringen?

Meinen Lebensabend möchte ich aktiv verbringen. Das Ehrenamt wird mich sicherlich auch im Lebensabend begleiten. Aber auch genießend, sodass der Ort mit Natur und idealerweise am Wasser sein sollte.

9. Was ist für Sie „zu Hause“?

Zu Hause ist für mich dort, wo ich mich wohlfühle und Halt erfahre.

10. Wenn Sie Bundeskanzlerin wären, was würden Sie als erstes tun?

Mehr Investition für junge Menschen wagen – dazu zählt u.a. eine echte Reform des Bildungswesens.

11. Bitte vervollständigen Sie den Satz: „Familie bedeutet für mich ...

... Zusammenhalt, Geborgenheit und Liebe.



Daniela Broda

DBJR Vorsitzende und Jugendpolitikerin der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland